



regierung zeigt sich offenbar zur Annahme bereit. Die Zustimmungsbereitschaft wird begründet mit dem Hinweis darauf, daß durch die Annahme wieder die deutsche Wirtschaftshoheit hergestellt werden soll.

Die Zerrüttung unserer Wirtschaftsverhältnisse, die durch die Sabotagepolitik unserer Industrie mit heraufbeschworen wurde, war eine Ursache jener innerpolitischen reaktionären Entwicklung, die wir in den letzten Jahren in immer stärkerem Maße erlebt haben.

In selfstämiger Verkennung der wahren Verhältnisse machten große Teile des deutschen Volkes für unsere wirtschaftliche und innerpolitische unerquickliche Entwicklung diejenigen verantwortlich, die, wie die Sozialdemokratie eine zureifende Auffassung der Lage zeigten und notwendige Erfüllung- und Befreiungspolitik treiben wollten.

Deutsche Inflationschmach im Sachverständigen-Bericht.

In dem Bericht des Dames-Komitees, der an sich eines der interessantesten und weitgeschichtlich bedeutendsten Dokumente der letzten Jahre darstellt, sind in den bisherigen Uebersetzungen einige Bemerkungen unbeachtet geblieben, obwohl sie insofern besonders beachtenswert sind, als sie zeigen, daß die Kritik der Sozialdemokratie an der Währungs- und Finanzpolitik der letzten Jahre mehr als berechtigt war.

Zunächst beginnt das Komitee seine Darlegungen über die Inflation mit den folgenden Betrachtungen, die man der früheren Verteilung der Reichsbank und der Steuerverweigererfront von Helfrich bis Reinald ins Stammbuch schreiben sollte:

Die Arbeiter werden von der Währungsvereinbarung den Nutzen haben; denn über alles ist ihr Interesse an die Stabilität geknüpft. Gemisse Klassen in der Gesellschaft können für die Geldentwertung Entschädigungen in der ungeheuren Vermögensumwälzung finden, die mit jeder Inflation verbunden ist.

Die reichen Klassen der deutschen Bevölkerung sind in den letzten Jahren durch das gegenwärtige Steuersystem in keiner irgendwie angemessenen Weise betroffen worden; ihre Belastung entsprach weder der Last, die in Deutschland auf die arbeitenden Klassen brütet, noch ist sie auch nur derjenigen vergleichbar, welche reiche Bevölkerungs- teile unserer Länder tragen.

Nachdem das Komitee die Wirkungen der Geldentwertung auf die nominellen Steuerätze und deren automatische Herabsetzung gezeigt hat, fährt es fort:

Keinerlei ernsthafte Anstrengung ist gemacht worden, um dieses Uebel zu bekämpfen, bevor die Inflationsbewegung sich nicht vollständig in Deutschland entwidelt hatte.

Bezüglich der Aushilfsmittel, welche Herr Luther jetzt an Stelle der Einkommensteuer setzt, sagt das Komitee, daß hierbei nicht mehr als 25 Proz. herauskommen. Es bezieht diese Verusche außerdem als recht unzulänglich und fährt dann fort:

Diese Aushilfsmittel stellen keinerlei befriedigende Lösung für die allgemeine Frage der Belastung der reichen Klasse dar, und wir sind der Meinung, daß, wenn die deutsche Regierung es wünscht, ebensowohl die Militären wie ihre eigenen arbeitenden Klassen wirklich von ihrem guten Willen in dieser Angelegenheit überzeugt werden sollen sie an einem recht baldigen Datum öffentlich bekanntgeben sollte, welche Absichten sie bezüglich der Einkommensteuer für 1925/26 hat, um sie wirklich anzuwenden auf die tatsächlichen Gewinne der Jahre 1924 und 1925 für die Vereinigung des Etats.

Im Zusammenhang damit bespricht der Bericht die Inflationssteuer und sagt wörtlich:

Wir sind der Meinung, daß eine solche Sondersteuer, wenn sie schon im Prinzip gerechtfertigt ist - und wir glauben in der Tat, daß sie es ist - dann schon zu Sühnen gerechtfertigt ist, die sehr viel höher gehen können. . . Außerordentliche Gewinne ganz gleicher Art sind übrigens durch Staatsunterstützung erzielt worden sowie durch Rückzahlung von Darlehen in weit entwertetem Gelde, durch Staatszuschüsse und andere Schulden, gleicher Art. - Auch hier empfiehlt das Komitee zuzupacken.

Nun noch einige Sätze, die geradezu den sozialistischen Ausführungen entsprechen, obwohl unseres Wissens unter den Experten nur rein kapitalistisch orientierte Persönlichkeiten gemeint sind und natürlich von der Regierung Marx auch nur streng kapitalistische Vertreter und Sachverständige nach Paris geschickt wurden, insbesondere auch solche aus dem Reichsverband der deutschen Industrie. Sie haben immerhin die folgenden Sätze nicht verjährt:

Umsatzsteuer: Wir sind im allgemeinen der Ansicht, daß diese Steuer etwas herabgesetzt werden sollte, und zwar so bald wie möglich zugunsten anderer Formen von Steuern.

Automobilsteuer: Man ist hier der Meinung, daß die Gesamtbelastung dafür zu schwach ist und daß eine bedeutend höhere Summe ohne jede Schwierigkeit erhoben werden könnte, sei es durch eine Besteuerung des Betriebsstoffes, insbesondere Petroleum, sei es durch eine Zulagssteuer für die Automobile, oder indem man beides gleichzeitig mache.

Erschaftsteuer (wörtlich): Das Ergebnis dieser Steuer ist überaus niedrig, auf welcher Basis man irgendwie auch vergleichen mag. . . Das Gesamtergebnis bleibt schwach. Nicht allein, wenn man unter irgendeinem Gesichtspunkt es mit den Kapitalwerten vergleicht (gemeint ist die Geldentwertung. Die Red.), sondern nach der Ansicht des Komitees sind die augenblicklichen Steuerätze überhaupt nicht angemessen.

Diese Ausführungen, die insgesamt die von uns geübte Kritik an der kapitalistischen Steuerpolitik der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft von neutraler Stelle unterstreicht, dürften im Wahlkampf ja, der noch irgendwie im Zweifel darüber sein könnte, zeigen, welchen Platz der Nichtbestehende bei der kommenden großen Abrechnung über das Vergangene und insbesondere über die künftige Verteilung der Lasten des deutschen Volkes einnehmen muß.

(Hamburger Echo.)

Hugo Stinnes.

Der Grundatz, daß man von Toten nichts oder nur Gutes reden soll, mag zutreffen am Grabe von Durchschnittsmenschen. Wo es sich aber um eine Erscheinung vom Ausmaße Hugo Stinnes' handelt, da sind wir nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, die Wahrheit über ihn zu sagen in dem Augenblick, in dem sein Lebenswerk abgeschlossen vor uns liegt.

Hugo Stinnes ist ein Verhängnis für das deutsche Volk gewesen. Während des Krieges war er einer der einflußreichsten Förderer der Annektionspolitik; nach dem Kriege bereicherte er sich, indem er das deutsche Volk rücksichtslos und gnadenlos ausplünderte. Der Mittelstand wurde durch Stinnes zugrunde gerichtet. Er war einer der hauptsächlichsten Träger jener Sabotagehandlungen, durch welche die Erfüllungspolitik der deutschen Reichsregierungen vereitelt wurde. Die Befehung des Ruhrgebietes durch die Franzosen forderte er geradezu heraus. Ihm waren die französischen Bajonette ein brauchbares Mittel, um die Arbeiterchaft im Ruhrgebiet in Schack zu halten. . .

Stinnes starb; an den Folgen seiner Taten werden noch viele Geschlechter des deutschen Volkes zu tragen haben.

Wirtschaftliche Krisenzeichen.

Eine Währung hält sich nur stabil, wenn die Wirtschaft, auf der sie beruht, gesund ist. Als uns im November des vorigen Jahres die Rentenmark beschert wurde, hatten wir damit zu rechnen, daß uns kritische Zeiten bevorstünden. . .

Es stellte sich jedoch in der letzten Zeit immer mehr heraus, daß wir nicht in einer Gesundungskrise ständen. Im Gegenteil hat man allen Anlaß zu befürchten, daß die Wirtschaftszerrüttung von Woche zu Woche weitere Fortschritte macht.

Das läßt sich am deutlichsten aus den Ziffern unserer Handelsbilanz ablesen. 1922 und 1923 hielt sich der Wert der Ein- und Ausfuhr die Wage, 1923 war sogar ein Ausfuhrüberschuß trotz des Ruhrkriegs von etwa 125 Gold-Millionen vorhanden. . .

mehr jene Erträge ab, die uns im Frieden zugute kamen. Die Gewinne des deutschen Kapitals im Ausland bleiben im Ausland stehen. Sie fürchten das republikanische Finanzamt. Die Folge ist, daß wir Devisen kaufen, also deutsches Geld ausführen müssen, was eine Währungserschütterung zur selbstverständlichen Folge hat.

Die Passivität der Handelsbilanz geht darauf zurück, daß unsere Preise ganz erheblich über den Weltmarktpreis stehen. . .

In krankhaftem Maßstabe ist die Einfuhr von Genussmitteln und Luxuswaren angeschwollen. Niemals wurden in Deutschland mehr Süßfrüchte verzehrt, als es gegenwärtig der Fall ist.

Die deutsche Regierung hat bisher noch nicht den ernsthaftesten Versuch der Einfuhrdrosselung gemacht. Sie hat auch noch nichts getan, um eine Senkung der Preise zu erzwingen. . .

Internationale Arbeiterhilfe.

In einer großen Zahl von Orten versuchen die Kommunisten die Gewerkschaftsarbeit für die Zwecke der internationalen Arbeiterhilfe zu gewinnen. Es wird darauf hingewiesen, daß sich an der internationalen Arbeiterhilfe sowohl bürgerliche Persönlichkeiten, wie auch Sozialdemokraten (zum Beispiel die Reichstagsabgeordnete Wurm) beteiligen. Die Berufung auf diese Mitarbeiter soll beweisen, daß die internationale Arbeiterhilfe eine vollkommen neutrale Einrichtung sei, ohne irgendwelche politischen Zwecke. . .

Die I. A. H. hat sich nicht geschaut, diese Geldmittel zur unflätigen Besudlung der deutschen Gewerkschaften und ihrer Führer im Ausland zu verwenden. . .

Wir empfehlen allen Gewerkschaftsfunktionären die Anschaffung dieser Broschüre. . .



bestimmungen des Betriebsrätegesetzes Tür und Tor öffnen. Schon aus diesem Grunde mußte es dem Gerichte außerordentlich bedenklich erscheinen, die Kündigung gegenüber den Klägern, soweit sie nicht Betriebsratsmitglieder sind, als rechtswirksam festzustellen.

Textilwarenpreise.

Ueber die Frage der Textilwarenpreise ist zwischen Kreisen der Textilfabrikanten und des Textilhandels ein heftiger Zwist ausgebrochen. Die Textilwarenhändler sind der Auffassung, daß die Preise zu hoch sind; wird ihnen doch dadurch, daß die deutschen Preise höher sind als die Weltmarktpreise, das Geschäft verdorben.

Die deutschen Textilaktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im Jahre 1923 und im Januar 1924.

Der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, Nr. 6, entnehmen wir auszusagen die folgende: Für die deutschen Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. bedeutet das Jahresende 1923 nicht nur den Abschluß eines Kalenderjahres, sondern gleichzeitig den Abschluß einer Entwicklungsperiode.

In den vergangenen Jahren verloren durch die Geldentwertung die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches an Wirksamkeit, die eine Mindestgrenze für das Nominalkapital neu zu gründender Gesellschaften vorschreiben. Dadurch war es möglich, daß auch eine große Zahl kleiner Firmen die Form der A.-G. oder G. m. b. H. annehmen konnte, wenn die Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung oder Ueberlegungen steuerlicher Art es als wünschenswert erschienen ließen.

Die Zunahme verteilt sich nicht gleichmäßig auf alle Gewerbezweige. Eine besonders starke Steigerung in der Zahl der A.-G. hatten zunächst einige Gewerbezweige, in denen diese Gesellschaftsform früher wenig verbreitet war, außer in Land- und Forstwirtschaft, im Holz- und Baugewerbe, auch im Bekleidungs- und Metallverarbeitungs- und Maschinenindustrie.

Nehelich liegen die Verhältnisse bei den Gesellschaften m. b. H., wenn hier auch nur eine Steigerung auf das 2 1/2fache (von rund 26 800 auf 74 600) zu verzeichnen ist. Die Hälfte des Zuwachses entfällt auf das Handelsgewerbe (einschließlich Banken). Eine starke Vermehrung zeigen auch die anderen bei den A.-G. genannten Gewerbezweigen, ferner die chemische Industrie u. a.

In den Bestandszahlen der A.-G. und G. m. b. H. drückt sich nur teilweise die Hochkonjunktur bestimmter Gewerbezweige, in weit höherem Maße jedoch die durch Währungsverfall bedingte Zerstückelung der Grundlagen der deutschen gewerblichen Organisation aus. Zur Beurteilung der Entwicklung der A.-G. und G. m. b. H. sind neben den Bestandszahlen die Kapitalbeträge heranzuziehen. Bei den vielen neugegründeten Gesellschaften handelt es sich vielfach um wenig kapitalträchtige Unternehmungen (teilweise solche mit nicht mehr als 200 Goldmark Kapital).

Die folgende Uebersicht gibt die Anzahl der A.-G. und G. m. b. H. im Spinnstoff- und Bekleidungsindustrie im Vergleich zu den übrigen Gewerbegruppen nach den Bestandszahlen von Ende 1913, 1919 und 1923 wieder:

Table with columns for years (1913, 1919, 1923) and categories (Spinnstoffgewerbe, Bekleidungsindustrie, etc.) showing counts for A.-G. and G. m. b. H.

Die Zahlen der Nominalkapitalbeträge der A.-G. und G. m. b. H. vermögen noch weniger als die Bestandszahlen ein Bild der tatsächlichen Entwicklung zu geben. Das Anschwellen der Kapitalgründungen entspricht nur zum Teil Neugründungen bzw. Betriebserweiterungen, zum weitaus größeren Teil vielmehr der mehr oder minder starken Anpassung des Friedenskapitals auf Papiermarkbeträge. Die Unternehmungen nahmen in den ersten Nachkriegsjahren vielfach Kapitalerhöhungen vor, die weniger in tatsächlichen Kapitalmangel begründet waren, als in der Absicht, mit ihrer Hilfe Fusionen, Umwandlungen usw. durchzuführen.

daß die Gesellschaften wegen der Geldentwertung die in der Generalversammlung beschlossenen Papiermarkbeträge in Goldmark tatsächlich nicht erzielen konnten. Erst die letzten Monate zeigten wieder ein starkes Anwachen der Emissionsbeträge, weil eine Reihe von Gesellschaften zur Festsetzung des Aktienausgabekurses in Goldmark übergegangen war.

Für die Investitionen der Unternehmungen spielten die Kapitalerhöhungen in den Nachkriegsjahren nicht die Rolle wie in der Vorkriegszeit. Auf der einen Seite herrschte vielfach ein Kapitalbedarf nicht zur Durchführung von Neuanlagen, sondern zum Ersatz von durch die Geldentwertung verminderten Betriebsmitteln (in der Demobilisierungszeit auch für Betriebsumstellungen).

Wenn so eine Beurteilung der gewerblichen Entwicklung von seiten der Emissionsstatistik in den Nachkriegsjahren nicht möglich ist, so ist eine solche auch mit Hilfe der Kursentwicklung nicht in vollem Umfang zu gewinnen. Immerhin bedeutet die Bewertung der Unternehmungen an der Börse einen gewissen Anhalt. Eine Berechnung der börsenmäßigen Bewertung läßt sich für die sämtlichen deutschen Aktiengesellschaften insgesamt nicht durchführen.

Für die Investitionen der Unternehmungen spielten die Kapitalerhöhungen in den Nachkriegsjahren nicht die Rolle wie in der Vorkriegszeit.

Eine Regierung gegen Streikbrecher.

Das Septemberheft 1922 von The Seaman's Journal veröffentlichte ein Rundschreiben, das der mexikanische Generalkonsul Ruiz in den Vereinigten Staaten an sämtliche mexikanische Konsulate dieses Landes richtete.

Achtung, mexikanische Bürger! Aus Rücksicht auf die Zwietracht und die Reibungen, die, wie die Erfahrung gezeigt hat, stets zwischen Streikenden und „Scabs“ (Streikbrechern) entstehen, fordert der Generalkonsul auf Grund von Anweisungen der Regierung der Republik Mexiko ihre Staatsangehörigen auf, sich der Annahme von Stellungen als Streikbrecher durchaus zu enthalten und auf diese Weise die unangenehmen und schimpflichen Folgen zu vermeiden, die daraus entstehen können.

Nominalkapital und die Börsenbewertung gegen 1913 gleich 1 wie folgt verhielten:

Table comparing Nominal Capital and Market Valuation for 1922, Aug. 1923, and Dec. 1923.

In den Handels- und Bankgesellschaften war der Verwässerungsprozess stärker, in Bergbau und Schwerindustrie geringer als in der verarbeitenden Industrie. Die mit den Kapitalerhöhungen erzielten Beträge sind jedoch trotz der geringeren nominalen Erhöhung in der Schwerindustrie nicht kleiner als im Handel gewesen, weil letzterer nur viel niedrigere Emissionskurse zur Anwendung bringen konnte.

Für den Januar 1924 umfaßt die Statistik des Kapitalbedarfs lediglich die A.-G. Der Kapitalbedarf ist bei den Neugründungen gegenüber Dezember 1923 bedeutend zurückgegangen. Doch liegt der Grund noch nicht in den Auswirkungen der Goldbilanzierungsverordnung, da die meisten im Januar eingetragenen Emissionen noch in den Vormonat fallen.

Der Textilaußenhandel der Vereinigten Staaten.

Die Einfuhr von Textilprodukten nach den Vereinigten Staaten hatte im Jahre 1923 einen Wert von 1 007 837 674 Dollar, was einer Steigerung um 17,5 Proz. gegen das Vorjahr entspricht, in welchem für 857 330 623 Dollar Textilerzeugnisse eingeführt wurden.

Berichte aus Fachreisen.

Meerane. In den beiden Nachbarstädten Meerane und Glauchau ist am 8. bzw. 9. April mit wenig Ausnahmen die Aussperrung in den Betrieben des Verbandes Sächsisch-Thüring. Webereien erfolgt. Grund: Nichtanerkennung der 53stündigen Arbeitswoche durch die Belegschaften.

verband, Gau Gera) wiederholt in Verhandlungen über Lohn- und Arbeitszeitfragen. Die Unternehmer forderten jedesmal die Einführung der 53stündigen Arbeitswoche, was seitens der Arbeitervertreter abgelehnt wurde und dagegen die Wiedereinführung des berechtigten Garantiestundenlohnes forderten.

Die bisher in den Webereien bestandene Arbeitszeit von 46 Stunden wöchentlich wurde vor einiger Zeit auf 48 Stunden festgelegt. Die Arbeiterzeitung weigerte sich nicht. Vor längerer Zeit berichteten wir bereits, daß in vielen Betrieben große Lumperei herrsche, indem die Weber oft tagelang auf Kette bzw. Schuß warten müssen.

Literatur.

Inflation, Wertauf, Preis, Lohn, 1914 bis 1924. Kritische Gedanken zur gegenwärtigen Wirtschaftskrise von Dr. Emil Kraus, Mannheim, Berlin, Leipzig, J. Bensheimer, 1,50 Goldmark. In der Broschüre wird zweierlei herausgearbeitet: einmal die Ursache der inflationistischen Finanzpolitik und ihre Auswirkung auf die Gesamtwirtschaft, und dann die Ursache des ungeheuren Rückganges des Reallohnes breiter Volksschichten mit den Folgen dieser Entwicklung für den Innenwirtschaftsmarkt.

Für unsere Inwandmitarbeiter!

Unsere Haustiere

Der Versuch ist gemacht worden, die Tiere in ihrem Tun und Treiben dem Herzen des Volkes und unserer Jugend dadurch näher zu bringen, daß gezeigt wird, wie manche uns befremdenden Handlungen der Tiere ganz verständlich werden, wenn man sich in ihre Lage hineinversetzt.